

(Präsident Klaus Schlie)

Es ist von der SPD-Fraktion Ausschussüberweisung beantragt worden. Wenn ich die Debatte richtig interpretiere, geht es um den Europaausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrar-ausschuss. Ich frage: Welcher Ausschuss soll federführend sein?

(Zuruf SPD: Europaausschuss!)

- Europaausschuss federführend. Es ist damit also beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 18/1458 und den Änderungsantrag in der Drucksache 18/1501 federführend dem Europaausschuss, mitberatend dem Wirtschaftsausschuss und dem Umwelt- und Agrar-ausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagungsordnungspunkt 21 auf:

Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1506

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich weise noch darauf hin, dass sich der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/1506 durch die Mit Antragstellung zur Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung erledigt hat. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD hat Frau Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ricky Martin, Anne Will, Klaus Wowereit, Jodie Foster oder Thomas Hitzelsperger. Eigentlich würde ich meinen Namen gern noch hinzufügen, aber das sorgt immer für ein ganz großes Fragezeichen und dann zu der Feststellung, dass es ja keine Sensation sei festzustellen, dass ich heterosexuell bin.

Ja, es ist so: Wenn Prominente sich outen, dann sorgt das noch immer für Schlagzeilen und die Feststellung, dass das eine Sensation sei. Noch immer führt das zu großen Fragezeichen in den Gesichtern, obwohl es schon einige Stimmen gerade

im aktuellen Fall Hitzelsperger gibt, die sagen: Na und?

Es scheint, als wäre es akzeptiert, aber das ist es nicht. Wenn Schauspieler und Profisportler das tun, dann scheint es akzeptiert zu sein. Tun es unsere Kinder, dann erleben wir immer noch Verunsicherung und auch Ablehnung.

Die Geschichte der **Homosexualität** ist bis in die Gegenwart eine Geschichte der Stigmatisierung und Diskriminierung, Verfolgung und Ausgrenzung. Trotz der sexuellen Liberalisierung in den letzten Jahren wird Homosexualität nach wie vor an der vorherrschenden Norm der Heterosexualität gemessen und als Abweichung dargestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Homosexualität, Bisexualität, Intersexualität, Transsexualität, Heterosexualität - wir sind keine Abweichungen, wir sind alle sexuell. Und das ist auch gut so!

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Dass diese **Akzeptanz** noch nicht in unserer Gegenwart angekommen ist, zeigen uns die aktuellen Beispiele aus Frankreich und Deutschland. Trotz eines bestehenden Gleichstellungsgesetzes verweigerte in Frankreich eine Vielzahl von Bürgermeistern gleichgeschlechtlichen Paaren, die Ehe zu schließen. In Baden-Württemberg unterzeichnen sage und schreibe fast 70.000 Menschen eine Online-Petition, die sich gegen Aufklärungsarbeit über sexuelle Vielfalt richtet. Ich finde das unfassbar. Unfassbar finde ich auch die Begründung der Petition, in der sich unter anderem eine Formulierung wiederfindet, die eine Verbindung zwischen höheren Suizidraten, einer höheren Auffälligkeit für Alkohol und einem höheren Risiko psychischer Erkrankungen als Begleiterscheinungen der Homosexualität und so als Gefahr dargestellt, die bei Homosexuellen als Lebensstil gewertet werde.

Ich finde, Homosexualität ist kein Lebensstil, den man verändern kann, Homosexualität ist Identität!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

2013 wurde eine Studie der EU-Grundrechteagentur veröffentlicht. Sie zeigt auf: Zwei Drittel der Betroffenen trauen sich nicht, Händchen zu halten, geschweige denn, sich öffentlich zu küssen. Ein Fünftel erlebt sogar Gewalt. Ob bei der Wohnungssuche, beim Arztbesuch, in Krankenhäusern, in Schule oder Kindergarten: Homo-, Bi- und Transsexuelle kämpfen mit Vorurteilen, **Diskriminierung** und Ausgrenzung.

(Simone Lange)

Und von wegen „homophob sind immer nur die anderen“ - Homophobie findet vor unserer Haustür statt. Es braucht deutlich größere Anstrengungen als Absichtserklärungen.

(Beifall SPD und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Aufklärung funktioniert nur, wenn sie stattfindet. Ich bedanke mich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem SSW, den PIRATEN und der FDP für die gemeinsame Initiative. Wir bringen einen **Aktionsplan gegen Homophobie** in Schleswig-Holstein auf den Weg. Damit sind wir das vierte Bundesland, das einen solchen Aktionsplan auf den Weg bringt. Im Haushalt haben wir dafür bereits Geld zur Verfügung gestellt. Dass uns die Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Initiativen im Land ganz besonders wichtig ist, wird dadurch deutlich, dass dies als einer der ersten Punkte in unserem Antrag formuliert wurde. Wir freuen uns auch über die Zusammenarbeit mit der Bürgerbeauftragten und der dort angesiedelten **Antidiskriminierungsstelle**. Wir freuen uns auf das, was konzeptionell noch entstehen wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast vier Jahren haben wir uns hier im Landtag schon einmal mit dem Thema **Homophobie** intensiv auseinandergesetzt. Der Leitsatz „Homophobie hat keinen Platz in unserer Gesellschaft“ lässt keine Zweifel übrig und ist für uns selbstverständlich.

(Beifall CDU)

Deutschland ist im stetigen Wandel hin zu mehr Toleranz und gegen Ausgrenzung und **Diskriminierung**. Wir stellen fest, dass die Homophobie in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Die Gleichstellung von Homosexuellen, Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen ist fast vollzogen und muss fortgesetzt werden. Dieses wird positiv durch vielfältige Aktionen und Kampagnen in den Schulen und durch unsere Lehrerinnen und Lehrern befördert und begleitet. **Schulpro-**

jekte gegen Homophobie tragen maßgeblich zur Information und Aufklärung bei. Sowohl Schulen als auch Lehrkräfte arbeiten zunehmend mit Lesben- und Schwulenorganisationen zusammen. Und das ist gut so!

Die **Aufklärung über Sexualität** und insbesondere über Homosexualität ist Bestandteil der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer und Bestandteil der Unterrichtsfächer wie Biologie, HSU, Religion, Sexualkunde und so weiter.

Auch in **Kindertagesstätten** wird in den Leitlinien zum Bildungsauftrag das Ziel genannt, „Kinder im Prozess der Identifikation mit ihrem eigenen ... Geschlecht“ zu unterstützen. Dabei soll Mädchen und Jungen ein breites Angebot eröffnet werden, ihr eigenes Geschlechterrollenverhalten flexibel zu gestalten und möglichst wenig Einschränkungen durch Geschlechterrollenstereotype zu erfahren. Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung beginnt schon im Kleinkindalter.

Der Kampf gegen die Ausgrenzung von Schwulen und Lesben hin zu mehr Toleranz wird auch in beinahe allen Verbänden, Organisationen und Vereinen immer erfolgreicher geführt.

Wir begrüßen - das will ich auch sagen - die Einbindung der **Antidiskriminierungsstelle** des Landes Schleswig-Holstein.

Besonders erwähnens- und lobenswert ist die **Kampagne des Deutschen Fußballbundes** „Fußball und Homosexualität“. Fußball ist mit Abstand die beliebteste Sportart in Deutschland. Lesben und Schwule werden häufig immer noch ignoriert oder abgelehnt. Die offene Diskriminierung äußert sich oft in gedankenlosen Sprüchen und Aussagen, einfach in der Sprache. Der DFB tritt dafür ein, dass in jedem der mehr als 23.000 Vereine ein Klima des Respekts und der Mitmenschlichkeit selbstverständlich ist. Die Fußballer des DFB setzen sich für ein aktives Vorgehen gegen Homophobie auf allen Ebenen des Sports ein, für eine große Vielfalt und für Respekt und Akzeptanz im Sport.

Genau in diesem Sinne engagiert sich auch der **Sport in Schleswig-Holstein**. Der schleswig-holsteinische Fußballverband organisiert zahlreiche Aktionen und spezielle Schulungen für Trainer und Übungsleiter. Das ist vorbildlich und der richtige Weg zu mehr Toleranz.

Wir verurteilen Homophobie, und wir unterstützen die Bundesregierung darin, entschieden dagegen vorzugehen, nämlich mit der Erweiterung des „Nationalen Aktionsplanes der Bundesrepublik

(Katja Rathje-Hoffmann)

Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homophobie. Leitlinien aus diesem Aktionsplan müssen wir in Schleswig-Holstein mit unseren örtlichen Netzwerken verknüpfen und umsetzen.

Einen eigenen **Aktionsplan gegen Homophobie** halten wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für geboten. Wir möchten die Entwicklungen und die Entscheidungen auf Bundesebene abwarten und dann entscheiden. Daher werden wir uns enthalten.
- Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In **Baden-Württemberg** haben über 158.000 Menschen - Kollegin Lange, das ist mein Stand von vorgestern; wahrscheinlich sind seit vorgestern noch ein paar Versprengte dazugekommen - eine Petition unterschrieben, die zum Ziel hat, im Bildungsplan des Landes den Umgang mit sexueller Vielfalt zu streichen. Unterstützt von führenden Kirchenvertretern und Lehrkräften wird die **homophobe Petition** salonfähig. Leider unterstützt auch die CDU-Fraktion in Stuttgart diese homophobe Petition. Leider fällt die Baden-Württemberger FDP dadurch auf, andere Lebensformen als tolerabel, aber nicht als gleichwertig zu bezeichnen. Herr Garg, ich bin sehr dankbar dafür, dass das in Schleswig-Holstein anders ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Auch die Aussage von Exfußballprofi Thomas Hitzlsperger, dass er lieber mit Männern zusammenleben möchte, der sich aber erst nach Beendigung seiner Karriere traut, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen, zeigt, dass es in unserer **Gesellschaft** leider noch nicht selbstverständlich ist, **sexuelle Vielfalt** auch zu leben.

Man muss allerdings nicht bis nach Baden-Württemberg gehen oder ehemalige Fussballnationalspieler und den Olympia-Goldmedaillengewinner Tom Daley bemühen, um über Homophobie zu reden. Auch bei uns in Schleswig-Holstein zeigen

viele Beispiele aus Schilderungen junger Homosexueller, dass der Kampf gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt noch am Anfang steht - ob „schwul“ als Schimpfwort auf den Schulhöfen oder das Mobbing junger Schüler, die kurz vor oder kurz nach ihrem Outing stehen. Homophobie gibt es auch bei uns in Schleswig-Holstein. Es stimmt einfach nicht zu behaupten - ich bin froh, Frau Rathje-Hoffmann, dass Sie das heute nicht getan haben; Kolleginnen und Kollegen haben das mir gegenüber in der letzten Legislaturperiode getan -, dass Homophobie ein Problem von Großstädten sei und bei uns im Land nicht vorkomme.

Schleswig-Holstein muss ein Land werden, in dem es egal ist, wen man liebt. Wir Grüne haben deshalb bereits in der letzten Legislaturperiode die Initiative für einen **Aktionsplan gegen Homophobie** und für sexuelle Vielfalt ergriffen. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam in der Küstenkoalition heute und nun auch gemeinsam mit der FDP und den PIRATEN in Antragsform erste Eckpunkte vorlegen und bereits im Dezember 50.000 € dafür in den Haushalt eingestellt haben.

Ein Aktionsplan kann nur dann volle Wirkung entfalten, wenn er ressortübergreifend entwickelt wird. Dass **sexuelle Vielfalt** das Normalste der Welt ist, muss beispielsweise im Bildungsbereich fest verankert werden. Wenn Kinder schon früh lernen, dass Homo-, Bi- oder Transsexualität nicht besser oder schlechter als Heterosexualität ist, dann ist viel gewonnen. Es ist deshalb von großer Bedeutung, bereits angehende Lehrerinnen und Lehrer - wir diskutieren bald über die Lehramtsreform - für mögliche sexuelle Vielfalt und mögliche Outing-Probleme von Schülerinnen und Schüler zu sensibilisieren. Lehrerinnen- und Lehrerverbände, Hochschulen und das IQSH sind für uns im Kampf für sexuelle Vielfalt wichtige Verbündete.

Auch im **Breitensport** muss viel gegen Homophobie getan werden. Es geht nämlich nicht nur darum, dass sich einige Fußballprofis oder Profisportler outen, sondern es geht darum, dass auch im Breitensport mehr passieren muss. Gegenstand unseres Aktionsplans sollen deshalb auch die Sportverbände und Sportvereine bei uns im Land sein. Es ist wichtig, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Institutionen stärker für sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren. Für die **Polizei** kann es beispielsweise wichtig sein, homophobe Übergriffe auch als homophob zu erkennen. Als Arbeitgeber kann und muss die Polizei sich weiter öffnen.

Allein die Nordkirche hat in Schleswig-Holstein circa 1,6 Millionen Mitglieder - so jedenfalls nach

(Rasmus Andresen)

mir vertrauten Quellen. Hinzu kommen viele tausend Mitglieder anderer Konfessionen. Auch die Glaubensgemeinschaften im Land sind bunt. Wir wollen deshalb auch mit Vertreterinnen und Vertretern der **Glaubensgemeinschaften** darüber in den Dialog treten, wie der Diskriminierung von Homosexuellen entgegengetreten werden kann.

Uns Grüne freut es sehr, dass wir heute einen wichtigen Schritt Richtung Aktionsplan und für ein Schleswig-Holstein der sexuellen Vielfalt gehen. Der Weg ist weit, und die Aufgaben sind vielfältig. Deshalb werden wir mit den vielen Verbänden, die es in dem Bereich schon gibt, und mit den Erfahrungen aus anderen Bundesländern - mit Bremen ist gestern übrigens ein weiteres hinzugekommen - am Aktionsplan arbeiten. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir heute mit breiter Mehrheit beschließen werden. Ja, Herr Dr. Garg, wir haben den Antrag der FDP zur **Öffnung der Ehe** gern übernommen.

Aus grüner Sicht ist es ein Skandal, dass die **rechtliche Gleichstellung** auch in der Großen Koalition in Berlin weiter blockiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

Eine kleine konservative Minderheit blockiert dort den gesellschaftlichen Fortschritt.

Wenn wir schon bei den Kollegen der CDU sind, möchte ich einige Sätze zu Ihnen sagen. Ich nehme sehr wohl wahr, dass Sie Ihre Position weiterentwickelt haben, einen weiteren Schritt auf uns zugehen. Das ist zu begrüßen. Ich nehme auch wahr, dass es noch nicht ganz reicht, um hier einen einstimmigen Beschluss hinzubekommen. Aber ich hoffe und bitte Sie, diesen Prozess weiterzuführen, damit, wenn die Landesregierung den Plan veröffentlicht, Sie so weit sind, dass Sie das uneingeschränkt begrüßen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! **Homophobie** kommt heute **subtiler** daher als früher. Subtiler: Man müsse nicht mehr so darüber sprechen, oder jeder könne doch tun, was er gern möchte. Ich erinnere auch an die Äußerungen des

Fraktionsvorsitzenden der FDP im Baden-Württembergischen Landtag, das sei tolerabel. Ich freue mich, dass ich tolerabel bin. Das ist Homophobie, die subtiler daherkommt.

Homophobie kommt aber auch **brutaler** daher. Ich erinnere an ein bevorstehendes Großereignis, Sotchi 2014. Der russische Präsident Putin sagt: „Liebe Schwule und Lesben, ihr seid herzlich willkommen, aber, Schwule, bleibt von unseren Kindern fern.“ Wer Pädophilie und Homosexualität auf eine Stufe stellt, zeigt Homophobie auf die brutalste Art und Weise.

(Beifall)

Auch so hervorragende und wunderbare Ratschläge - deshalb bin ich ein wenig zurückhaltend, was die Freude über den Weltfußball anbelangt - wie die in der lupenreinen Demokratie Katar helfen nicht weiter, wenn uns Herr Blatter erzählt: „Ihr könnt dort gerne hinreisen, das ist ja auch ein nettes Land. Aber verzichtet doch in dieser Zeit auf Sex.“ Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Die **sexuelle Identität** - die Kollegin Lange hat es bereits gesagt - ist keine Lifestyle-Entscheidung. Eine junge Frau oder ein junger Mann stellen sich nicht irgendwann in irgendeinem Alter hin und sagen: „Nun bin ich aber schwul oder lesbisch.“ Das ist **originärer Teil der eigenen Identität**. Ich finde, niemandem darf es mehr zugemutet werden, einen originären Teil seiner Identität verbergen oder verstecken zu müssen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer sich jetzt hinstellt und solche Ratschläge erteilt, der reduziert die sexuelle Identität wieder darauf, was im Schlafzimmer passiert. Dabei ist die Frage eigentlich ganz einfach und ziemlich umfassend. Sexuelle Identität bedeutet nichts anderes als die Frage für Frau oder Mann, mit wem sie oder er oder ich sein Leben teilen möchte.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich über den vorgelegten **Aktionsplan**. Man kann ihm gegenüber skeptisch sein, zu Recht. Aber ich glaube, er verdient eine Chance, und man muss genau gucken, was im Einzelnen dabei herauskommt.

Ich will noch einmal sagen - ich habe das während der letzten Debatte zu diesem Thema schon einmal angesprochen -: Nicht diejenigen, die **gleiche Rechte** einfordern, müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie sie einfordern, sondern diejenigen, die immer noch diese Rechte versagen, müssen erklären, warum sie das bis heute tun.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Richtung all dieser großen Staatsmänner, die in sehr staatsmännischer Pose Olympische Winterspiele begleiten, möchte ich noch etwas anmerken. Seit ich vier Jahre alt bin, bin ich ein bekennender Fan der Olympischen Winterspiele. Das andere hat noch ein bisschen länger gedauert.

(Heiterkeit SPD)

Diesen großartigen Staatsmännern sage ich nur: In einer modernen Welt gibt es viele Länder, Kanada, Südafrika, aber auch in Europa Spanien und andere Länder sowie inzwischen auch die USA, in denen man die Eheschließung vollziehen kann und nicht nur so ein Second-best-Modell wie die eingetragene Lebenspartnerschaft. Ich freue mich, dass es sie gibt. Das war prima 2001; es ist aber an der Zeit, dass man das nach mehr als 13 Jahren weiterentwickelt. Deshalb freue ich mich darüber, dass Sie mit uns gemeinsam einen Antrag formuliert haben beziehungsweise dass unser Zusatzantrag aufgenommen wurde. In einer solchen modernen Welt, wie ich sie mir wünsche, dürfen nicht diejenigen isoliert sein und isoliert bleiben, die ausgegrenzt werden, sondern in einer solchen modernen Welt isolieren sich diejenigen, die immer noch ausgrenzen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wünsche mir - das sage ich mit allem Ernst -, dass die Sozialdemokratie in Berlin es besser macht als die FDP-Bundestagsfraktion in der letzten Legislaturperiode. Ich wünsche mir, dass Sie mit demselben Einsatz, mit dem Sie für manche Ziele im Koalitionsvertrag mit der Union gekämpft haben, auch dafür kämpfen, dass die **Eheschließung homosexueller Paare** endlich möglich wird und wir von diesem zweigeteilten System Partnerschaft erster und Partnerschaft zweiter Klasse wegkommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Studierende des Politikbereichs der Christian-Albrechts-Universität Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch vor 50 Jahren wurden pro Jahr knapp 3.000 Urteile wegen entarteter Sexualität gesprochen. Vor 30 Jahren waren es noch knapp 200, und erst vor 20 Jahren wurde dieser unsägliche § 175 abgeschafft. Die Urteile wurden 2002 aufgehoben. Seitdem ist nichts mehr geschehen. Es gab mehrere Initiativen, die Opfer zu entschädigen; sie sind allerdings alle im Sande verlaufen.

Wie Sie alle Ihrem Kalender entnehmen können, schreiben wir mittlerweile das Jahr 2014. Die Zeiten der **Diskriminierung** von Menschen, die nicht der Heteronormativität angehören, sollten seit Jahrzehnten vorbei sein. Leider ist dies in der Realität noch nicht angekommen. Wirkliche Freiheit für diese Menschen ist leider noch kein breiter Konsens in der Bevölkerung.

Dies können wir zum Beispiel gerade in **Baden-Württemberg** sehen. Dort gibt es eine **vorurteilsgeprägte Petition**, von der wir heute schon gehört haben, welche das Thema „sexuelle Vielfalt“ aus dem Lehrplan verbannen soll. Baden-Württemberg möchte in seinem neuen Lehrplan auch andere als nur die klassischen Lebensarten integrieren. So sollen zum Beispiel Textaufgaben nicht nur das klassische Familienbild darstellen. Die Petition gegen diesen Lehrplan hat inzwischen - jetzt kommt die neue Zahl - 164.329 Unterstützer. Das ist die Zahl von heute Morgen. Ich glaube, 75.000 waren es bei Frau Lange und 158.000 bei Herrn Andresen. Nun aber sind es mehr als 164.000. Daran sehen Sie, in welcher rasanten Geschwindigkeit Leute diese Petition unterschreiben. Mir macht das, ganz ehrlich, Angst und Sorge.

(Beifall PIRATEN)

Kein Mensch wird intolerant geboren. Diskriminierung begegnet man in den Schulen, in den Vereinen, in den sozialen Gruppen und auch in der eigenen Familie.

Wenn wir einmal die Grenzen von Schleswig-Holstein überqueren, können wir auch einmal nach Nordrhein-Westfalen schauen. Dort gibt es das Projekt „SchLAu“, und das verzeichnet dort erhebliche Erfolge. Hier können sich Schüler direkt mit homosexuellen Menschen austauschen und so Vorbehalte und Vorurteile abbauen. Dieses Projekt hat Nord-

(Torge Schmidt)

rhein-Westfalen mittlerweile verlassen und ist auch hier in Schleswig-Holstein angekommen.

Wenn wir über die **Bekämpfung von Diskriminierung** sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, wie wir deutsche **Projekte** fördern und finanzieren können. Wir haben für den Aktionsplan 50.000 € vorgesehen. Wir müssen uns aber der Wahrheit stellen, dass diese Summe vorne und hinten nicht reichen wird.

Meine Damen und Herren, wir können aber nicht nur über die Bekämpfung der Diskriminierung von sexueller Vielfalt sprechen, sondern wir müssen dagegen auch aktiv etwas tun. Jeder einzelne von uns muss jeden Tag die Courage haben, der **Alltagsdiskriminierung** entgegenzutreten. Alltagsdiskriminierung fängt im Kleinen und auch Unbewussten an.

So ist auch dieser Antrag mit seiner Überschrift nicht wirklich genau. Ich hätte mich gefreut, wenn der Antrag mit sexueller Vielfalt statt mit Homophobie überschrieben worden wäre; denn auch mit solchen Kleinigkeiten fängt die Alltagsdiskriminierung an. Sexualität ist nicht nur binär, es gibt nicht nur Heterosexuelle und Homosexuelle, sondern dazwischen gibt es noch tausend andere Arten. Nichtsdestotrotz unterstützen wir diese Initiative und sehen sie als einen weiteren Schritt an für ein modernes und tolerantes Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns ein starkes **Zeichen gegen Diskriminierung** setzen und diesen Aktionsplan schnellstmöglich umsetzen. Aber lassen Sie uns nicht in den Glauben verfallen, mit der Verabschiedung sei alles getan. Der Kampf gegen Diskriminierung ist keine Eintagsfliege, sondern erfordert jeden Tag unsere Aufmerksamkeit, und so muss auch dieser Aktionsplan regelmäßig evaluiert werden.

Zu guter Letzt möchte ich mir Herrn Stegner als Vorbild nehmen. Er macht ja allmorgendlich sein Spiel mit einem Musikclip. Deshalb habe ich am Ende auch für Sie noch einen Musikclip. Es gibt eine sehr schöne Band namens Rise Against, die ein sehr schönes Video gedreht hat, ein Musikvideo mit dem Namen „Make it Stop“. Schaut euch das an. Es ist auf jeden Fall empfehlenswert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man muss nicht erst nach Russland schauen, um zu sehen, was **Homophobie** heißt. Trotz Lebenspartnerschaftsgesetz und allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität auch in Deutschland noch lange keine Selbstverständlichkeit. Machen wir uns nichts vor. Nicht nur in der Schule wird das Adjektiv „schwul“ gern und oft als Schimpfwort verwendet. Für viele Homosexuelle ähnelt der alltägliche Gang zur Schule oder zur Arbeit immer noch einem Spießrutenlauf.

Wenn wir uns die europaweite Entwicklung anschauen, dann können wir auf politischer Ebene durchaus Fortschritte bei der Gleichstellung erkennen. Doch ich habe den Eindruck, dass die **Gesellschaften in den europäischen Ländern** bei diesem Thema hinterherhinken. Studien wie zum Beispiel von der EU-Grundrechteagentur FRA kommen regelmäßig zu erschreckenden Ergebnissen: Fast die Hälfte aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgender in Europa wurden kürzlich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Über 90 % der Befragten haben in ihrer Schulzeit direkte oder indirekte Erfahrung mit Ausgrenzung und Diskriminierung gemacht. Auch am Arbeitsmarkt kommt es häufig zu Ungleichbehandlung und Diskriminierung. In Deutschland machen über 20 % der Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Intersexuellen oder Transgender auf Jobsuche oder im Berufsumfeld derartige Erfahrungen. Sogar körperliche Angriffe sind hier und anderswo in Europa keine Seltenheit. Auch wenn es Länder gibt, in denen die Stimmung noch feindlicher ist: Diese Zahlen sind aus Sicht des SSW einfach nur beschämend.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist klar: Wir dürfen die Augen nicht verschließen. Fakt ist, dass nicht nur an vielen Schulen ein Klima herrscht, das von Unwissen, Vorurteilen und Ängsten gegenüber Homosexuellen geprägt ist. **Abneigungen und Aggressionen** gegenüber Schwulen und Lesben ziehen sich leider durch viele gesellschaftliche Gruppen. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wir wollen, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrem

(Flemming Meyer)

Geschlecht ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können. Wie Sie wissen, haben wir zu diesem Zweck und in einem ersten Schritt 50.000 € an Landesmitteln für einen Aktionsplan gegen Homophobie bereitgestellt.

Die **vielfältigen Formen der Homophobie**, zu denen leider auch Mobbing oder Körperverletzung zählen, aber auch die neuen, subtileren Formen, wie wir eben gehört haben, sind nichts weniger als ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Das sollte man sich einmal bewusst machen. Wir alle haben damit den Auftrag und die Pflicht, dieses völlig irrationale Verhalten zu bekämpfen. Diese Pflicht hat das Land Schleswig-Holstein natürlich in besonderem Maße.

Daher bitte ich die Landesregierung, den **Aktionsplan** umzusetzen und in diesem Rahmen vor allem bestehende Unterstützungs- und Beratungsangebote bekannt zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass die geleistete, äußerst engagierte Arbeit der Vereine und Verbände hierdurch eine noch breitere Wirkung entfalten kann.

Für den SSW kann ich ganz klar sagen, dass wir mit diesem konkreten Ansatz gegen Homophobie vor allem den Wunsch verbinden, dass dieses Thema endlich breiter diskutiert wird. Wir wollen, dass die Öffentlichkeit deutlich stärker sensibilisiert und die **Bekämpfung der Homophobie** als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** begriffen wird. Ich denke, besonders wichtig bleibt die Erkenntnis, dass wir es hier mit einer Querschnittsaufgabe zu tun haben, an der auch die verschiedenen Ministerien des Landes, die Bildungsinstitutionen oder zum Beispiel die Polizei aktiv mitwirken müssen. Denn nur gemeinsam werden wir bei diesem wichtigen Thema vorankommen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für diesen Antrag und auch dankbar für die Form, in der er jetzt vorliegt. Denn ich denke, es ist notwendig und steht unserem Land gut an, uns **gegen Homophobie und**

gegen Diskriminierung - hier muss ich meinem Vorredner recht geben - in jeglicher Form - man soll es nicht auf Homophobie beschränken; ich finde dieses Wort nicht sehr hilfreich - starkzumachen und einzusetzen. Denn trotz vieler Fortschritte - das ist von mehreren gesagt worden - finde ich, tut ein Land, in dem es Mut kostet, sich als Fußballprofi zu seiner Homosexualität zu bekennen - wir haben auch das Beispiel aus Baden-Württemberg gehört -, gut daran, den Kampf um Gleichberechtigung und Lebensweisen nicht als erledigte Aufgabe zu sehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin wirklich froh, den Vorrednern und Vorrednerinnen entnommen zu haben, dass darüber hier im Hause Einigkeit besteht.

Die Landesregierung tritt ein für ein gesellschaftliches Klima, das allen Menschen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben erlaubt, unabhängig von der sexuellen Orientierung und dem Geschlecht. Das ist auch Ziel der **Charta der Vielfalt**, der die Landesregierung bereits Anfang 2012 beigetreten ist. Die Unterzeichner verpflichten sich darin, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und frei von Ausgrenzung ist. Das ist richtig und wichtig, weil es gute Vorbilder in der Praxis schafft.

Die **Überwindung von Ignoranz**, von Vorurteilen und von **Diskriminierung tut aber in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gut**. Wir reden über das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit und auf die Freiheit von Diskriminierung, das unser Grundgesetz allen Menschen zubilligt und garantiert. Es ist an uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Versprechen zu verwirklichen, für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle gleichermaßen. Denn das ist eher noch Ziel denn gesellschaftliche Realität. Das ist in den Beiträgen sehr deutlich geworden.

Auch die vielfältige Form von Diskriminierung - sie kann unmittelbar sein, sie kann mittelbar sein - hat sich in den Jahren verändert. Sie beschränkt sich nicht und geht weit über die rechtlichen Regelungen hinaus. Deswegen freue ich mich über die hinzugekommene Nummer 5 des Antrags.

Aber es ist auch - das muss man ganz deutlich sagen - ein strukturelles Defizit, wenn nicht genügend qualifizierte Anlaufstellen da sind, wenn zum Beispiel - für meinen Bereich - die **soziale Infrastruktur** in Altenheimen oder Pflegeheimen immer noch so ist, dass sie nicht zielgruppengerecht und kultursensibel ausgerichtet ist, von nach wie vor vorhan-

(Ministerin Kristin Alheit)

denen herabsetzenden, ehrverletzten Äußerungen ganz zu schweigen.

Deshalb ist es gut - das ist hier auch schon mehrfach erwähnt worden -, dass der Landtag im vergangenen August mit der **Antidiskriminierungsstelle** eine neue Anlaufstelle für Betroffene geschaffen hat. Deshalb ist es auch richtig, dass alle Häuser Antidiskriminierung als Querschnittsaufgabe mittragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Verbände, die wir da unterstützen, die sich da engagieren, sind dabei ein ganz wichtiger Punkt.

Der Aktionsplan gegen Homophobie, den die Koalitionspartner vereinbart haben, ist ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Reihe von Aktivitäten. Der Landtag hat dafür die hier schon erwähnten Sachmittel von 50.000 € bereitgestellt. Wir sollten nun im Rahmen der vereinbarten Schritte praktisch loslegen. Wir wollen durch die Bündelung und die Intensivierung von **Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit** dazu beitragen, zunächst die vorhandenen Angebote und Maßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit sie stärker genutzt werden können.

Ich freue mich auch, dass gesellschaftliche Partner wie der **Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein e. V.** seine Bereitschaft signalisiert hat, an einem **Aktionsplan mitzuwirken**, und bereits ganz konkret Ideen eingebracht hat. Das vorrangige Ziel muss dabei sein, vorhandene Maßnahmen zu bündeln, sie in der Wirksamkeit zu stärken und sie in einem nächsten Schritt auszubauen.

Dabei setze ich im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten und schon erwähnten **Antidiskriminierungsstelle** bei Ihnen als Bürgerbeauftragten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass es zu einer Selbstverständlichkeit wird, Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität zu akzeptieren. Für die Landesregierung gehört dieses Ziel zum Selbstverständnis einer demokratischen Bildung eines Gemeinwesens, einer vielseitigen und lebenswerten Gesellschaft und damit zu einer guten Gesellschaft für alle Menschen in unserem Land. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - **Wer enthält sich?** - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Präsident Klaus Schlie:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 und 29 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1468

b) Netzausbau nicht blockieren

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1475

Netzausbau in Schleswig-Holstein voranbringen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1514

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile dann das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.



Plenarprotokoll

47. Sitzung

Freitag, 24. Januar 2014

- | | | | |
|---|------|---|------|
| a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes..... | 3819 | c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten..... | 3819 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/885 | | Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/821 | |
| b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung..... | 3819 | Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung | 3819 |
| Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/898 | | Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/874 | |
| | | Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1365 (neu) 2. Fassung | |

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	3819	Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss, den Wirt- schaftsausschuss und den Um- welt- und Agrarausschuss.....	3851
Petra Nicolaisen [CDU].....	3819		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	3820, 3832		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3823, 3830	Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen....	3851
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3825	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3827	Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung	
Lars Harms [SSW].....	3829	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
Torsten Albig, Ministerpräsident...	3832	Drucksache 18/1506	
Beschluss: 1. Änderungsantrag Drucksache 18/874 wurde zurück- gezogen		Simone Lange [SPD].....	3851
2. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/885 in der Fassung der Drucksache 18/ 1365 (neu) 2. Fassung		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3852
3. Annahme des in Druck- sache 18/1365 (neu) 2. Fassung enthaltenen Entschließungsantrags		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3853
4. Gesetzentwurf Druck- sache 18/898 für erledigt erklärt		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3854
5. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/821	3837	Torge Schmidt [PIRATEN].....	3855
		Flemming Meyer [SSW].....	3856
		Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	3857
Umwelt- und Gesundheitsstan- dards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht auf- weichen.....	3837	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/1506 erledigt durch die Mit- antragstellung zum Antrag Drucksa- che 18/1459 (neu) 2. Fassung	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1458		2. Annahme.....	3858
EU-US-Verhandlungen über Frei- handelsabkommen stoppen.....	3837		
Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/1501		Gemeinsame Beratung	
Sandra Redmann [SPD].....	3838	a) Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein.....	3858
Heiner Rickers [CDU].....	3839	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1468	
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3843	b) Netzausbau nicht blockieren.....	3858
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	3845	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1475	
Uli König [PIRATEN].....	3845	Netzausbau in Schleswig-Hol- stein voranbringen.....	3858
Flemming Meyer [SSW].....	3847	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3848	Drucksache 18/1514	
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3849		

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3859	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/1479 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/1507 an den Wirtschaftsausschuss.....	3882
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3860, 3871		
Hartmut Hamerich [CDU].....	3863		
Olaf Schulze [SPD].....	3864		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3865	Gemeinsame Beratung	
Angelika Beer [PIRATEN].....	3868	a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Lan- desverfassungsgerichts	3882
Flemming Meyer [SSW].....	3869		
Peter Lehnert [CDU].....	3870	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1445	
Johannes Callsen [CDU].....	3871	b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbe- auftragten für Datenschutz	3882
Beschluss: 1. Berichtsantrag Druck- sache 18/1468 mit Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt			
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1475			
3. Annahme des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/1514.	3872	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1472	
Mehr Steuergerechtigkeit für Schleswig-Holsteins Bürger - Kalte Progression abbauen.....	3872	c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Lan- desrechnungshofs	3882
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1465			
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3872	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1480	
Peter Sönnichsen [CDU].....	3873	Dr. Heiner Garg [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	3882
Beate Raudies [SPD].....	3874	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3883
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3875, 3877	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3884
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3877		
Lars Harms [SSW].....	3878	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	3884
Monika Heinold, Finanzministerin	3880		
Beschluss: Ablehnung.....	3882	Gemeinsame Beratung	
Verlängerung der Kernbrennstoff- steuer.....	3882	a) Einrichtung eines Landesberg- amtes prüfen	3884
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1479		Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/1334 (neu)	
Ausstieg aus der Kernenergie seri- ös fortführen.....	3882	b) Keine zusätzliche Behörde in Schleswig-Holstein	3884
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1507			

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1457

* * * *

Beschluss: 1. Annahme des Antrags
Drucksache 18/1334 (neu)
2. Überweisung des An-
trags Drucksache 18/1457 an den
Umwelt- und Agrarausschuss..... 3885

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

**Einheitliche Kennzeichnung bei
Scripted Reality Formaten..... 3885**

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1477

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Änderungsantrag der Fraktion der PI-
RATEN
Drucksache 18/1505

Monika Heinold, Finanzministerin

Beschluss: Überweisung an den In-
nen- und Rechtsausschuss..... 3885

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

**Frei werdende Mittel der Frauen-
Helpline für Frauenhäuser verwen-
den..... 3885**

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beschlussempfehlung des Sozialaus-
schusses
Drucksache 18/1496

Peter Eichstädt [SPD], Berichter-
statter..... 3885

Beschluss: Annahme..... 3885

**Arbeitsprogramm der Europäi-
schen Kommission 2014..... 3885**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1431

Beschluss: Überweisung an den
Europaausschuss und alle weite-
ren Ausschüsse zur abschließen-
den Beratung..... 3885

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts-
ordnung des Schleswig-Holsteini-
schen Landtags..... 3885**

Drucksache 18/1488 (neu)

Beschluss: Annahme..... 3885